

Postdemokratische Zustände und politische Subjektivierung - Zur Formulierung eines emanzipatorischen Politikbegriffes bei Jacques Rancière

Paper für Track #8 ‚Demokratie unter Druck‘
22.-25.Oktober, Hallstadt (A)

Erste Version, bitte nicht ohne Rücksprache zitieren!

Daniel Lehner bakk.phil.
Institute for Advanced Studies
Department of Sociology
Stumpergasse 56
1060 Vienna
lehner@ihs.ac.at
www.ihs.ac.at/steps

0. Einleitung

Die Kritik an der Demokratie, ihren Strukturen und Prozessen, scheint so alt wie die Demokratie selbst zu sein. Es kann sogar als Charakteristikum demokratischer Regime herausgestellt werden, dass diese permanente Selbstbefragungen ermöglichen und auch darstellen: Der gemeinsame Rekurs auf die Grundlagen und Versprechungen, die mit der demokratischen Organisation von Gesellschaft einhergehen, bietet dabei den Subjekten immer auch die Möglichkeit, die reale Konstitution des Sozialen mit diesem Versprechen nach Freiheit und Gleichheit zu kontrastieren und davon ausgehend deren Einlösung einzufordern bzw. dieses politisch auch umzusetzen. In einem ersten Schritt sind daher alle Vorstellungen, dass die gegenwärtige, realpolitische Verfassung der Demokratie – d.h. das Zusammenspiel liberaldemokratischer Institutionen und kapitalistischer Vergesellschaftung – das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) sei, zurückzuweisen. Diese – potentiell ewige – Befragung der Demokratie aus „radikaldemokratischer“ (Laclau/Mouffe 2000) Perspektive ist von einer herrschaftlichen Kritik, die jede Demokratisierung als Verunmöglichung von Regierung, und einer liberalen Kritik, die die normativen Grundlagen des gegenwärtigen, politischen Feldes nicht verlässt, zu unterscheiden. Letztere versucht über Deliberation, Diskurs und Partizipation ein liberales Demokratieverständnis zu propagieren, welches aber keinen Blick für soziale Kämpfe und politische Leidenschaften hat (u.a. Mouffe 2007). Indem dieser Beitrag das Politik- bzw. Demokratieverständnis von Jacques Rancière¹ und dessen Analyse von politischer Gegenwärtigkeit – die er unter dem Begriff der Postdemokratie² fasst – näher vorstellt, sollen mehrere Aufgaben erfüllt werden:

- Während Crouch (2008) basierend auf einer sozialdemokratisch-fordistischen Problematik den wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss gegenüber den Exzessen des Neoliberalismus stark machen und

¹ Die intellektuelle Karriere Rancières, geboren 1940, begann mit der Publikation in „Lire le Capital“ (vgl. Althusser/Balibar 1972a, 1972b), in der die wesentlichen Beiträge von Althusser's Marxseminar an der ENS versammelt sind. Nach 68 brach Rancière mit seinem Lehrer Althusser (u.a. Rancière 1975), dem er einen enthistorisierten Ideologiebegriff, eine Ent-Subjektivierung sowie eine Privilegierung der Position des marxistischen Intellektuellen vorwarf (Hewlett 2007: 84f). Dem gegenüber wendet sich Rancière in historischen Forschungen den Kämpfen der ArbeiterInnen nach Emanzipation selbst zu (Niederberger 2004: 129-131; Hewlett 2007: 86-95). Mit „La Méésentente“ erscheint 1995 (dt. 2002) das einflussreichste Werk zu Fragen der ‚politischen Philosophie‘. Daneben beschäftigt sich Rancière vor allem mit Kunsttheorie im Rahmen seiner Ästhetikkonzeption. Von 1969 bis 2000 lehrte er an der Reformuniversität Paris VIII.

² Über die Begriffe der *Postpolitik* und *Postdemokratie* spannt sich seit der Jahrtausendwende – angefangen durch die Untersuchung real existierender, westlicher Demokratien durch Colin Crouch (2008), der den Begriff der Postdemokratie wesentlich mit Bedeutung versehen hat – eine Debatte, die nicht nur in den politischen Feuilletons ihre Spuren hinterlässt, sondern auch quer zu theoretischen Strängen verläuft: egalitaristische (Crouch 2008), liberale (Dahrendorf 2002) und postmarxistische (Mouffe 2005, 2007) TheoretikerInnen nehmen auf die Begriffe ebenso Bezug wie (politische) Philosophien (Rancière 1997a, 2002, 2008c; Sloterdijk 2006: 340; Žižek 2001a, 2001b). Diese verschiedenen Gegenwartsanalysen berühren sich dabei nicht nur über die Signifikanten Postdemokratie/Postpolitik, sondern greifen auch wechselseitig Elemente auf und versuchen dabei jeweils ihre Konzeptionen wie Deutungen stark zu machen. Notwendigerweise ist damit immer auch eine Vorstellung von Politik/Demokratie verknüpft, bezeichnet doch Postpolitik/Postdemokratie erstmals nur eine gesellschaftliche Situation *nach* der Politik bzw. *jenseits* von Demokratie. Beide Konzepte sind damit Ausdruck einer theoretischen Suche nach einer adäquaten Bezeichnung für Gegenwärtigkeit, ohne dafür noch eigenständige Begriffe erschaffen zu haben. Und so haftet der Postpolitik/Postdemokratie – ähnlich der Postmoderne, dem Poststrukturalismus – zuallererst etwas Diffuses an: Sie alle markieren ein Paradigma, eine Beschreibung oder ein Konzept als überholt, ohne sich davon gelöst zu haben. Post-Begriffe deuten die Notwendigkeit eines neuen und die Überkommenheit eines alten Zuganges an. Sie sind Ausdruck einer theoretischen Leerstelle an deren Füllung sie gleichzeitig arbeiten.

den Kapitalismus in ein demokratisches Setting ‚rückführen‘ will, beleuchtet Rancière *Postdemokratie* aus einem philosophischen und radikaldemokratischen Zugang heraus, welcher kontraintuitive Einsichten auch für realpolitische Praktiken zu liefern verspricht.

- Mit Rancière wird eine poststrukturalistische Konzeption der Politik präsentiert, die eine Staatszentrierung hinter sich lässt und Politik/Demokratie als *Ort einer Konfrontation* fasst, welcher mit einer (kollektiven) Subjektivierung einhergeht und dessen Akt immerzu einen fragilen, temporären Charakter hat. Damit wird ein sozialwissenschaftlicher Zugang, der um die Analyse realpolitischer Praktiken und Strukturen angeordnet ist – die meist mit Staatlichkeit identifiziert werden –, bewusst zurückgelassen: Demokratie sei keine Herrschaftsform, sondern die transformatorische Einbringung von Gleichheit in vorherrschende Ungleichheitsstrukturen.

- Rancière betont die *Subjektivierung*, die Bestandteil jeder demokratischen/politischen Involvierung ist. Damit kann ein reaktiver Zugang, der Demokratie lediglich verteidigen will oder diese über die Installierung von Modellen partizipativer Entscheidungsfindungen ‚verbessern‘ will, verlassen werden. Demokratie ist nicht in der Krise – als hätte sie ‚vorher‘ bestanden –, Demokratie ist die Krise bzw. die zeitlich befristete Unterminierung aller Herrschaftszustände. Sie sei kein Zustand, sondern kollektive Involvierung in transformatorischer Praxis.

- Durch Rancière wird es möglich Politik in ihrer ‚*relative Autonomie*‘ (Althusser) zur Gesellschaftsformation adäquat zu denken: Kapitalistische Vergesellschaftung präfiguriert zwar politische Praktiken und Strukturen, kann den Inhalt oder die Modi politischer Subjektivierung aber niemals festzulegen: Politik/Demokratie hat deshalb eine eigene ‚Rationalität‘. Sie braucht eigene Orte, ihr eigenen Subjekte und eine Konfrontation. Gleichzeitig kann es keine luftleere ‚Politik der Politik‘ geben: Politische Praxis setzt immer an gesellschaftlichen Strukturen an und transformiert diese.

- Letztlich erscheint eine Politikkonzeption, die politische Subjektivierungen betont ohne Identitäten zu fixieren und sich darüber eine universelle Dimension beibehält, sinnvoll im politischen Kampf gegen die rassistische Essentialisierung und Bearbeitung kultureller Differenzen: Während der *Antagonismus* bzw. der Klassenkampf aus marxistischer Perspektive der Gesellschaft inhärent ist, sie von innen her spaltet und auch dynamisiert, recodiert die faschistische Regression diesen Antagonismus in eine (kulturelle) Differenz zwischen einem Innen und einem Außen, die mittels repressiven Staatsapparaten bearbeitet und damit auch aufrechterhalten werden soll. Die Auseinandersetzung mit dem parteiförmig organisierten Rechtsextremismus muss daher eine Reartikulation klassenkämpferischer Positionen beinhalten.

Der Politikbegriff von Jacques Rancière wird in der Folge ausgehend von seinen Monografien (Rancière 2002, 2008c) und Beiträgen (Rancière 1997a, 1997b, 1997c) erörtert, wobei zu Beginn Rancières Verständnis von ‚Welt‘ dargelegt wird, welches wesentlich mit seiner Konzeption von Ästhetik zusammenhängt. Danach wird die zentrale Differenz in Polizei und Politik aufgemacht, wobei das Spezifische an Politik – von Rancière gleichgesetzt mit Demokratie – eingehend dargestellt

wird. Dabei steht die Frage nach politischer Subjektivierung im Zentrum, während *Gleichheit* als Hintergrundaxiomatik jeder Politik bestimmt wird. Kapitel zwei erläutert Rancières Konzeption der Postdemokratie und bestimmt deren zentralen Elemente. Diese Hinwendung zur Realpolitik nimmt Kapitel drei in einem Resümee auf: die Politikmomente von Rancière werden auf die Möglichkeit ihrer realen Operationalisierung hin befragt.

1. Politisierung bei Jacques Rancière – Ort, Subjekt, Widerstreit

Die Konstitution von Welt versteht Rancière als ein Ensemble von sich wechselseitig bedingenden, ermöglichenden aber auch ausschließenden Praktiken. Ausgangspunkt dafür ist eine Theorie der Ästhetik, die er „als Teil der Erkenntnistheorie oder sogar der Ontologie im nachheideggerischen Sinne“ (Niederberger 2004: 133) versteht. Es geht darin weniger um individuellen Wahrnehmungsdispositionen oder um Kunst im engeren Sinne, sondern um eine – an die Phänomenologie Merleau-Pontys angelehnte – allgemeine Wahrnehmungstheorie von Welt, „die die Bedingungen erörtert, unter denen Gegenstände, Eigenschaften und Verhältnisse in der Welt wahrgenommen werden.“ (ebd.) Diese Ästhetik wird als „System der Formen *a priori*“ aufgefasst, „insofern sie bestimmen, was der sinnlichen Erfahrung überhaupt gegeben ist“ (Rancière 2008a: 26). Im Zentrum steht dabei die ‚*Aufteilung des Sinnlichen/ Partage du sensible*‘: Darunter wird die Anordnung von Gewohnheiten und Normen verstanden, welche die Wahrnehmung der gemeinsamen Welt festlegt³. Sie ist ein „System sinnlicher Evidenzen, das zugleich die Existenz eines Gemeinsamen aufzeigt wie auch die Unterteilungen, durch die innerhalb dieses Gemeinsamen die jeweiligen Orte und Anteile bestimmt werden.“ (ebd.: 25) Die sinnliche Welt wird von allen einerseits geteilt, andererseits ist sie geteilt, in Teile unterschieden⁴. Die Aufteilung des Sinnlichen legt das gemeinsam Geteilte fest, als auch jene Teile, die jenseits davon angesiedelt sind. Sie beruht auf einer Aufteilung der Räume, Zeiten und Tätigkeiten, die bestimmt, wer und was am Gemeinsamen teilhaben kann. Sie ist „die Art und Weise, nach der sich im Sinnlichen ein Verhältnis zwischen einem geteilten Gemeinsamen und die Einteilung exklusiver Anteile bestimmt.“ (Rancière 2008c: 31) Die Aufteilung des Sinnlichen „definiert die Sichtbarkeit oder Unsichtbarkeit in einem gewissen Raum und bestimmt, wer Zugang zu einer gemeinsamen Sprache hat und wer nicht“ (Rancière 2008a: 26). Dieses Konzept einer primären Ästhetik, dass die Räume und Zeiten nach Sichtbarkeit/Unsichtbarkeit

³ Dieser Verweis auf die Bedingungen von Wahrnehmungen ist nun aber kein soziologisches Zerschlagen der scheinbaren ästhetischen Interesselosigkeit, wie Bourdieu dies z.B. macht (u.a. Bourdieu 1982). Dieser spreche ästhetischer Gleichheit den Charakter eines Schleiers zu, „der die Realität der Unterschiede, die Realität der sozialen Verinnerlichung der Geschmacksurteile und die Realität des Markts, der mit symbolischen Waren handelt, verdeckt“ (Rancière 2008b: 79). Diese soziologische Entmystifizierung verliere aber dadurch den ästhetischen Gegenstand von Kunst bzw. Politik aus den Augen.

⁴ Im französischen ‚partage‘ kommt die doppelte Bedeutung von Teilung und Teilhabe zur Geltung.

auf- und einteilt und z.B. festlegt, was als ‚Rede‘ und was als ‚Lärm‘ perzipiert wird, gibt der Politik den Ort und den Gegenstand als Form der Erfahrung vor⁵.

An dieser Aufteilung der sinnlichen Ordnung setzt nun Politik an, wobei Politik jene Praxis ist, die eine herrschende Auf- bzw. Zuteilung von Körpern, Funktionen und Orten mit einer möglichen anderen Aufteilung des Sinnlichen konfrontiert. „Es gibt Politik, wenn es einen Ort und die Formen für die Begegnung zwischen zwei ungleichartigen Vorgängen gibt“ (Rancière 2002: 42): Die herrschende Aufteilung des Sinnlichen, die auch immer festlegt, welche gesellschaftlichen Orte eine Teilhabe am Gemeinsamen ermöglichen bzw. welche Subjekte an Entscheidungen, Beratungen und Verhandlungen teilhaben können (Ordnung der Polizei), wird über den politischen Akt konfrontiert mit einer anderen möglichen Aufteilung des Sag- bzw. Sichtbaren: Ein *Anteil von Anteilslosen* schreibt sich entlang von Gleichheit in die herrschende Aufteilung des Sinnlichen ein und re-arrangiert diese. Indem Rancière den demokratisch-politischen Akt – Politik und Demokratie werden bei ihm sinnident verwendet – der Gründung stark macht und weniger die daraus folgenden Effekte oder Errungenschaften, identifiziert er zwei Logiken/Prozesse, die als Reproduktion oder Transformation an der Herstellung von Welt arbeiten: *Polizei* (1) und *Politik* (2). Beide Prozesse verweisen aufeinander und sind miteinander verknüpft⁶. Der Ort ihrer Begegnung ist der Ort der politischen Subjektivierung, des politischen Aktes entlang von Gleichheit (3).

1.1 Polizei

Der weite Begriff der Polizei meint im Anschluss an Foucault⁷ die jeweils etablierte Aufteilung der sinnlichen Welt, die über Institutionen verfügt, welche ihr wiederum Legitimität verschaffen. Die Polizei ist „zuerst eine Ordnung der Körper, die die Aufteilungen unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt, die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesen Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind.“ (ebd.: 41) Die polizeiliche Logik beinhaltet eine strenge Konfiguration des Verhältnisses zwischen der Ordnung des Diskurses und der Ordnung der Körper. Sie weist den Körpern Räume und Funktionen zu. Polizeilich sind alle Vorgänge, „durch welche sich die Vereinigung und die Übereinstimmung der Gemeinschaften, die Organisation der Mächte, die Verteilung der Plätze und Funktionen und das System der Legitimierung

⁵ Jede spezifische Aufteilung schließt mögliche andere Aufteilungen aus (Niederberger 2004: 134). Indem die Welt damit nicht aus einer einzigen Instanz her entworfen wird bzw. werden kann, ist Rancières Ansatz post-fundamentalistisch (vgl. Marchart 2007). Nachdem zu einem historischen Zeitpunkt die jeweilige Aufteilung des Sinnlichen ordnend vorgibt, was sichtbar bzw. hörbar ist, ist Rancière aber von einem postmodernen, anti-fundamentalistischen Standpunkt völlig entfernt. Durch die Zentralität, die der Wahrnehmung bzw. dem Symbolischen zukommt, nimmt er wesentliche, post-strukturalistische Annahmen in seine Konzeption auf.

⁶ „Es gibt einerseits diese Logik, die die Anteile der Teile zählt, die die Körper im Raum ihrer Sichtbarkeit oder ihrer Unsichtbarkeit verteilt, und die Weisen des Seins, die Weisen des Tuns und die Weisen des Sprechens, die jedem zukommen, in Übereinstimmung bringt. Und es gibt die andere Logik, jene, die diese Harmonie aufhebt durch die einfache Handlung, die Zufälligkeit der Gleichheit beliebiger sprechender Wesen zu aktualisieren“ (Rancière 2002: 39).

⁷ In seinen Studien zur Gouvernementalität zeichnet Foucault die Polizei(wissenschaft) als historische Regierungstechnologie nach: „[D]ie Polizei wird der Kalkül und die Technik sein, die die Schaffung einer flexiblen, aber dennoch stabilen und kontrollierbaren Beziehung zwischen der inneren Ordnung des Staates und dem Wachstum seiner Kräfte ermöglicht“ (Foucault 2006: 451; vgl. Foucault 2005: 210-7).

dieser Verteilung“ (ebd.: 39) vollziehen. Polizei ist ein System der Einteilung und Zuteilung, wobei die gemeine Polizei, d.h. PolizeibeamtInnen und deren Organisation, nur ein Teilelement in den Anordnungsprozessen der Körper in der Gemeinschaft sind. Der verfasste Staat ist immer Polizei. Polizeiliche Prozesse – alles andere als stabil – bestimmen die Ordnung des Sichtbaren, die bewirkt, dass etwas als Teil des Diskurses, anderes wiederum als Lärm wahrgenommen wird. Es geht nicht nur um die Disziplinierung der Körper, sondern auch um die Regelung ihres Erscheinens. Die polizeiliche, symbolische Konstitution des Sozialen besteht aus Gruppen, denen spezifische Seinsweisen, Tätigkeiten, Orte und Funktionen zugeordnet sind. Diese polizeiliche Logik wird bei Rancière nun aber neutral und nicht abwertend formuliert. Die Polizei kann durchaus „alle Arten guter Dinge verschaffen“, „sanft und liebenswürdig“ (ebd.: 42) sein. Die beste Polizei sei jene, „die die Einbrüche der gleichheitlichen Logik am häufigsten von ihrer ‚natürlichen‘ Logik abgelöst haben.“ (ebd.). Polizei ist immer durch Ungleichheit geprägt. Alle gemeinhin als politisch verstandenen Fragen der Sicherheit, Bürgernähe, staatlichen Regierung oder Governance sind polizeilicher Natur. Alle „politischen“ Debatten, die das Verhältnis zwischen individuellen BürgerInnen und Staatlichkeit denken, verharren nach Rancière in polizeilichen Voraussetzungen (Rancière 2002).

Das Zentrale an der polizeilichen Ordnung ist nun, dass sie durch die Abwesenheit einer Leere bzw. eines gesellschaftlichen Supplements/Überschusses gekennzeichnet ist. In der polizeilichen, völligen Übereinstimmung der Funktionen, Seinsweisen und Orte gibt es keine ‚Leere‘ oder eine Störung dieser Ordnung durch einen gesellschaftlichen ‚Anteil der Anteillosen‘, der sich selbst mit dem gesellschaftlichen Ganzen identifizieren könnte: „Dieser Ausschluss des ‚gibt es nicht‘ ist das polizeiliche Prinzip im Herzen der staatlichen Praxis“ (Rancière 2008c: 32). Die polizeiliche Aufteilung des Sinnlichen ist die Abwesenheit jedweder Politik.

1.2. Politik

Dies heißt nun erstmals, dass Politik nicht die Ausübung von Macht bzw. Herrschaft oder der Kampf um deren Verfügung und Besitz sein kann. Politik bezeichnet weder die Art und Weise einer Zusammenkunft noch kann sie machttheoretisch bzw. mittels Legitimitätsfragen erörtert werden (Rancière 2008c). Rancières Verständnis von Politik steht daher völlig konträr zu soziologisch-realistischen Politikkonzeptionen wie sie z.B. von Bourdieu (u.a. 2001) entwickelt wurde. Politik ist stattdessen als eigenständige Beziehung aufzufassen, die über eine eigenen *Rationalität*, eine eigene *Form* und eine eigene *Subjektivierung* verfügt (s.u.). Sie konfrontiert die „natürliche“ Ordnung der Polizei mit Kontingenz. Indem Rancière Demokratie mit Politik gleichsetzt, konzipiert er erstere nicht als Herrschaftsform „im Sinne einer unter den verschiedenen Arten und Weisen, die Menschen unter einer gemeinsamen Autorität zu versammeln, besonderen Verfassung“ (Rancière 2008c: 19)⁸.

⁸ Demokratie ist daher keine Staatsform: „It is always beneath and beyond these forms. Beneath, insofar as it is the necessarily egalitarian, and necessarily forgotten, foundation of the oligarchic state. Beyond, insofar as it is the public activity that counteracts the tendency of every State to monopolize and depoliticize the public sphere.“ (Rancière 2006: 71)

Demokratie ist vielmehr die Einsetzung der Politik selbst, d.h. die Unterbrechung der polizeilichen Logik der Verteilung der Teile. Rancière verweist nun darauf, dass Demokratie zuallererst als Schmähbegriff von jenen erfunden wurde, die ihre Gegner waren und die ihren Anspruch aufs Regieren abgeleitet sehen wollten aus Wohlstand, Wissen, privilegierter Geburt oder Alter. Demokratie bedeutet nun, dass sich eben jene zu herrschen anschicken, „deren einzige gemeinsame Spezifität in dem Umstand liegt, dass sie keinen Anspruch zu regieren haben.“ (ebd.: 20)⁹ Damit wird nun aber der Dissens, der Streit (*le litige*) wesentlich, besteht die Praxis der Politik bzw. Demokratie doch in der Konfrontation mit einer vorherrschenden „Aufteilung des Sinnlichen“. Politik unterminiert damit jede „normale“ Ordnung der Dinge, in der sich Gemeinschaften „unter der Herrschaft derjenigen versammeln, die Ansprüche zu herrschen haben, Ansprüche, die durch die Tatsache selbst erwiesen sind, dass sie herrschen.“ (ebd.: 27) Die Hauptansprüche sind die der Geburt (menschliche oder göttliche Abstammung) oder die des Reichtums. Das politische ‚Volk‘ (*le peuple*), das natürlich weder als staatliche Bevölkerung noch als ethnisch definiert aufzufassen ist, unterbricht diese Ansprüche. Der spezifische Einsatz der Politik bzw. der Gegenstand des politischen Streits ist die Existenz eben jenes „Anteils der Anteillosen“, der als Supplement jeder herrschenden Zählung die polizeiliche Aufteilung destabilisiert. Der politische Streit lässt die Politik erst existieren „indem er sie von der Polizei trennt, die sie beständig verschwinden lässt: sei es, indem sie sie schlicht und einfach verneint, sei es, indem sie deren Logik mit der ihr eigenen gleichsetzt.“ (Rancière 2008c: 32) Er kann daher nicht die Konfrontation von Interessen oder Meinungen sein, weil der Ort, der Gegenstand oder die AkteurInnen nicht im Vorhinein festgelegt sind¹⁰. Der Dissens ist daher zentral für Politik, ist diese doch gerade das Eingreifen von Politik in die polizeiliche Ordnung bzw. das Aufeinandertreffen beider Logiken an einem Ort (Rancière 2008c).

Politik ist gänzlich verschieden von der Logik der Polizei, aber immer an diese geknüpft, weil Politik keinen Gegenstand, keine Fragen hat, die ihr eigen wären. „Damit eine Sache politisch ist, muss sie eine Begegnung zwischen der polizeilichen Logik und der gleichheitlichen Logik stattfinden lassen, welche niemals bereits konstituiert ist.“ (Rancière 2002: 44) Politik, deren „Existenz selbst problematisch ist“ (Rancière 1997b: 67), führt die polizeiliche Distribution von Stellen, Erscheinungen, Zuteilungen und Funktionen auf „ihre Kontingenz, auf die Abwesenheit ihres Grundes“ (ebd.) zurück. Politik ist somit eine Praxis, eine Handlung, die Körper versetzt, polizeilich zugewiesene Funktionen verkehrt, sehen lässt, was nicht gesehen wurde oder als Diskurs hörbar macht, was als Lärm wahrgenommen wurde. Sie ist die Aufhebung der polizeilichen Ordnung durch das äußere Einbringen einer Voraussetzung, die der Polizei nicht inhärent ist: der *Gleichheit*. Nicht

⁹ Demokratie beinhaltet den paradoxen Punkt „where every legitimization is confronted with its ultimate lack of legitimacy, confronted with the egalitarian contingency that underpins the inegalitarian contingency itself.“ (Rancière 2006: 94) Es verwundert daher nicht, dass Demokratie den Hass all jener auf sich zieht, die ihre Regierung über Geburt, Abstammung, Reichtum oder Wissenschaft legitimiert betrachten (wollen) (Rancière 2006).

¹⁰ Mit dieser Politikkonzeption ist Rancière weit von liberalen Konzeptionen entfernt, denkt er doch Politik weder ökonomisch – als Streit um Interessen – noch diskursiv (im Habermas’schen Sinne) als kommunikatives Aushandeln von Geltungsansprüchen (vgl. Rancière 2002: 67ff)

der Ort oder der Gegenstand machen den politischen Charakter einer Handlung aus, sondern „einzig ihre Form, diejenige, die die Bestätigung der Gleichheit in die Einrichtung eines Streits, einer Gemeinschaft, die nicht vor ihrer Teilung bestand, einschreibt.“ (Rancière 2002: 43). Unter dem Gleichheitsprozess versteht nun Rancière alle Praktiken, „die von der Voraussetzung der Gleichheit eines jeden sprechenden Wesens mit einem jeden anderen sprechenden Wesen und vom Bestreben, diese Voraussetzung zu verifizieren, geleitet ist.“ (Rancière 1997b: 69) Gleichheit ist weder Zustand noch Ziel, sondern eine zu verifizierende Voraussetzung¹¹. Sie selbst hat weder eine eigene Sichtbarkeit noch einen eigenen Namen. Gleichheit ist Bedingung für Politik, hat aber innerhalb des Politischen keine eigene Existenz. Die Voraussetzung der Gleichheit in den Praktiken muss von jenen begriffen und expliziert werden, die sie – meist im Zuge emanzipatorischer Forderungen – einbringen. Gleichheit ist die „nichtpolitische Bedingung des Politischen“ (ebd.: 77). Gleichheitsprozesse können sich nie in einem einer Gemeinschaft oder einem Gesetz eigenen ‚Wesen‘ gründen. Durch den politischen Akt hebt die Gleichheit die polizeiliche Distribution auf. Letztere ist der Gleichheitslogik immer äußerlich. Sie ist implizit in den Handlungen am Operieren. Gleichheit gibt es nur *in actu*, wobei Emanzipation historisch derjenige Name ist, der die Gleichheitsbestrebungen ausdrückt (Rancière 1997b). Gleichheit zeigt sich dabei nicht als sie selbst, sondern nur in der Gestalt des Aufzeigens und der ‚Behandlung‘ eines Unrechts. Politik ist immer die Konfrontation der Polizei mit der Gleichheitslogik. Sie ist daher selten und nichts ist an sich politisch, während alle polizeilichen Aufteilungen des Sinnlichen Gegenstände und Orte politischer Einschreibungen der Gleichheitslogik sein können: Alles Soziale *kann* politisch bzw. politisiert werden. Daraus folgt, dass Politik keinesfalls notwendig sein muss, sondern „dass sie sich wie ein stets provisorischer Unfall in der Geschichte der Formen der Herrschaftsgewalt ereignet.“ (Rancière 2008c: 27).

1.3. Der politische Akt, das politische Subjekt

Aus dem bisher Gesagten folgt, dass Politik kein gesellschaftlich fixierter Gegenstandsbereich (Staat, Subsystem) sein kann, sondern immerzu der Akt der Politik selbst ist, d.h. eine Unterbrechung der „normalen“ Verteilung von Positionen, Räumen, Anteilen und Funktionen. Politik erzeugt paradoxe Szenen, innerhalb derer sie den Widerspruch zweier Logiken sichtbar macht, indem sie sie zueinander in Beziehung setzt. Sie setzt Dinge in ein Verhältnis, die ‚normalerweise‘ in keinem Verhältnis zueinander stehen.

Der Akt der Politik hat nun keinen ihm eigenen Inhalt oder einen ihm vorbehaltenen Ort. Mit jedem politischen Akt muss aber die Errichtung eines *Schauplatzes* und einer *Rede* einhergehen, an dem und in der sich die polizeiliche Logik und die Gleichheitslogik begegnen. Neben der Einschreibung der Gleichheit muss jeder politische Akt die Ungleichheit der Verteilung/Räume nachweisen. Der Ort der

¹¹ Gleichheit als Ausgangspunkt nicht nur emanzipatorischer, politischer Praxis sondern auch intellektueller Emanzipation verlangt nach Lehrmethoden, die den Lehrenden nicht als Überbringer von Wissen betrachten, sondern ihn selbst auf gleicher Ebene mit seinen SchülerInnen das Wissen erarbeiten lassen: Der Pädagoge kann etwas lehren, das er selbst nicht weiß (Rancière 2007).

Politik ist daher auch das Auftauchen eines *Unrechten (le tort)*: „[D]as Politische ist der Raum, in dem die Logik des Gleichheitsmerkmals die Form der Behandlung eines Unrechten annimmt, indem sie zum Argument eines allgemeinen Unrechts wird, das sich mit einem bestimmten Unrecht in der Einteilung der Besetzungen, Funktionen und der Stellen verknüpft.“ (Rancière 1997b: 71). Das Unrechte wird von den politischen Subjekten ins Spiel gebracht, d.h. mit der polizeilichen Logik konfrontiert, welche das Unrechte erst bedingt. Gleichzeitig existieren die Subjekte nicht vor der Erklärung des Unrechten, sie drücken dieses mitsamt ihrem Namen erst aus¹². Dabei gilt: „Die Fortdauer dieses Unrechten ist unendlich, weil die Verifikation der Gleichheit unendlich ist und weil der Widerstand der polizeilichen Ordnung gegen diese Verifikation grundsätzlich ist.“ (ebd.: 75) Die Aufgaben der Politik/Demokratie sind daher unendlich¹³. Der demokratische/politische Akt legt das Unrecht dar. Er konstituiert einen Raum, in dem der Dissens ausgetragen und auch sichtbar wird. Und er bildet einen sinnlichen, gemeinsamen Raum jener, die darüber eine – stets prekäre – Identität ausbilden. Die Einschreibung von Gleichheit hat dabei den Charakter eines Ereignisses und ist immer auch Produkt einer Gewalt im weiten Sinne. In diesem Raum wird der Dissens, das Aufeinanderprallen der beiden Logiken, demonstriert. Deshalb braucht es einen öffentlichen Raum, in dem der Streit demonstriert wird und der dadurch entsteht, dass Politik z.B. den polizeilich organisierten Verkehrsraum in den Raum einer Subjektdemonstration verwandelt: sie benennt, macht sichtbar und gibt sich einen Namen. Politik bestimmt Räume neu, sie bringt zu Gesicht, was unsichtbar war und macht als Sprache hörbar, was von der polizeilichen Aufteilung nur als Lärm denunziert wurde¹⁴. In diesem Sinne ist eine politische Argumentation immer auch Demonstration (in der Welt. „[S]ie wird von einem dafür qualifizierten Subjekt, zu einem genau bestimmten Gegenstand, in Richtung eines Empfängers vorgebracht, der aufgefordert ist, den Gegenstand zu sehen und das Argument zu vernehmen, das zu sehen und zu hören er ‚normalerweise‘ keinerlei Grund hat.“ (Rancière 2008c: 36)¹⁵.

Politik ist daher eine spezifische Handlungsweise beruhend auf einer eigenen Rationalität und umgesetzt von einem ihr eigenen *Subjekt*: „Es ist die politische Beziehung, die es erlaubt, das politische Subjekt zu denken, und nicht umgekehrt.“ (Rancière 2008c: 7) An sich können daher keine politischen Subjekte bestimmt werden, Individuen werden gleichsam in der der Politik eigenen

¹² Dieses politische Unrecht lässt sich weder z.B. als Rechtsstreit objektivieren noch durch einen Ausgleich zwischen den Teilen regeln. Die Be- und Verhandlung des politischen Unrechts geht auch über das Dialogische gegenseitiger Interessensbekundungen weit hinaus (Rancière 2002).

¹³ Diese unendliche Aufgabe ist auch zentral für die Konzeption der ‚radikalen Demokratie‘ bei Laclau/Mouffe (u.a. 2000; vgl. Marchart 2001) und kann als Kennzeichen poststrukturalistischer Theorien der Politik herausgestellt werden.

¹⁴ Als Beispiele bringt Rancière die demokratischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Frauen, die auf je eigene Weise ihr Unrecht im ‚Partikularen‘ – ihre ‚Unsichtbarkeit‘ im Haus und der Fabrik – mittels Forderungen entlang von Gleichheit einbrachten und damit den sichtbaren Raum des ‚Universellen‘ rekonfigurierten.

¹⁵ Als historisches Beispiel für die politische Aufhebung der polizeilichen Ordnung nennt Rancière die Sezession der römischen Plebejer auf dem Aventin: Diese errichteten eine andere Ordnung, konstituieren sich als sprechende Wesen und geben sich Namen. Das Verstehen dieser Sprechakte durch jene Patrizier, die diese Szenen beobachten, setzt sie gleich, gibt dieser Gleichheit eine Sichtbarkeit. Aus der polizeilichen Logik der Patrizier heraus könne ja mit diesen nicht geredet werden, weil die Plebejer keine sprechenden Wesen sind, d.h. nur zum Lärm und nicht zum Diskurs im Stande seien (Rancière 2002: 34ff; 1997b: 67ff)

Beziehung bzw. Rationalität subjektiviert. Das Subjekt der Politik muss daher in der politischen Beziehung verortet werden, die immerzu die Beziehung einer Konfrontation bzw. das Aufmachen und Bearbeiten der Differenz zwischen Polizei-Gleichheit ist. Das politische Subjekt ist nun nicht mit sich selbst identisch: Es konstituiert sich in Raum zwischen der Gleichheits- der Polizeilogik, im Dissens und im Aufzeigen bzw. in der Bearbeitung eines Unrechts. Löst sich die Verknüpfung zwischen politischer Beziehung und Subjekt, verschwindet Politik selbst. Der Ursprung politischer Beziehungen kann daher nicht in subjektiven Eigenschaften oder den Bedingungen von Zusammenkünften gesucht werden. Politische Subjektivierung geht mit der Neuordnung eines Erfahrungsfeldes einher, sie erzeugt eine Instanz und eine Fähigkeit zur Aussage. Ein politisches Subjekt ist auch keine Interessens- oder Ideengruppierung. „Es ist der Ausführende eines besonderen Dispositivs der Subjektivierung des Streits, durch den es Politik gibt.“ (Rancière 2008c: 37) Diese Subjekte werden nun nicht *ex nihilo* erschaffen, sondern wenn polizeilich festgelegte Identitäten in „Einrichtungen einer Streiterfahrung“ (Rancière 2002: 47) umgeformt werden, die diese von den selbstverständlichen Plätzen und Funktionen losreißt. Diese Subjekte sind daher, ähnlich wie die politische Differenz, stets prekär und immerzu vom Verschwinden bedroht¹⁶. Das politische Subjekt hat keinen es per se zusammenhaltenden Körper, „es ist ein vorübergehender Akteur, der Augenblicke, Orte und Gelegenheiten hat, und dessen Eigentümlichkeit es ist, im doppelten Sinne dieser Ausdrücke, logisch und ästhetisch, *Argumente* und *Beweisführungen* zu erfinden, um den Nicht-Bezug in Bezug zu setzen (sic!) und das Nichtstattfinden stattfinden zu lassen.“ (Rancière 2002: 100) Es braucht daher Subjekte des Politischen, „Subjekte, die sich immer von sich selbst unterscheiden“ (Rancière 1997b: 71). Diese paradoxe Formulierung ist zentral für das Verständnis politischer Subjektivität. Es braucht Subjekte und Dispositive der Subjektivierung, die sich für und über die Behandlung des Unrechten konstituieren. Die Subjekte drücken das Unrecht gleichsam aus, geben ihm einen Namen. Subjektivität entsteht daher *in actu*. Sich von sich selbst unterscheiden meint, dass es nicht darum gehen kann zu betonen, was man – z.B. aus einer polizeilichen und/oder sozialwissenschaftlichen Logik heraus – sei. Subjektivierung im politischen Sinne bedeutet immer auch Erneuerung und Verschiebung, d.h. einen Bruch zu vollführen mit polizeilichen Kategorisierungen und Festschreibungen. Denn diese legen die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Identitäten fest. Subjektivierung steht daher der Identifizierung konträr gegenüber. Weder Staatsfunktionen noch soziologische Definitionen sozialer Gruppen können diesen Bruch ermöglichen¹⁷. Politische Subjektivitäten „bilden sich in einer Art Überblendung der Namen und

¹⁶ Politik und ihr Subjekt verschwindet, wenn das Volk mit der Bevölkerung identifiziert wird oder das Proletariat mit der Verteidigung materieller Interessen, etc. Dass dieser Umschlag oftmals durch ein Wort gekennzeichnet wird, zeigt Žižek (2001b: 30f): Hatte die politisierende Geste der DDR-Regimekritiker 1989 („Wir sind *das* Volk!) noch eine universelle Dimension, weil sie sich auf *alle* bezieht, so zeigt der wenig später verwendete Slogan („Wir sind *ein* Volk!) die polizeiliche Regression: Die politische Öffnung wird geschlossen und der demokratische Impuls umgeschrieben in eine Vereinigung beider Staaten zu *einem* Volke.

¹⁷ Genau hierin liegt die fundamentale Gegenposition zur Soziologie Bourdieus begründet: Die Soziologie operiert z.B. in der empirischen Feldforschung mit festgelegten Kategorien und kann daher nur die politischen Versuche übersehen, aus diesen Kategorien auszubrechen. Zweitens richtet Soziologie ihr Interesse auf die sozialen Bedingungen von politischen Prozessen und Praktiken. Damit verschwindet aber der politische Akt

Identitäten dieser Funktionen und dieser Gruppen aus.“ (ebd.) Politische Figuren/Namen entstehen in der „Verrechnung“ gesellschaftlicher Figuren: „Jede politische Subjektivierung ist daher eine Ent-Identifizierung, das Losreißen von einem natürlichen Platz, die Eröffnung eines Subjektraumes, in dem sich jeder dazuzählen kann, da es ein Raum einer Zählung der Ungezählten“ (Rancière 2002: 48) ist. Politische Subjektivität existiert daher nicht vor der Politisierung, Subjektivierung ist eben keine Identifizierung.

Jede politische Subjektivität braucht einen Namen, und der Name par excellence, der diesen Prozess als erster historisch markierte, ist der des *demos*:

„*Demos*, das ist der Begriff einer falschen Identität, die der Gemeinschaft kein Einheitsprinzip anbietet. Es ist eine schwebende Berechnung, eine kontingente und veränderliche Existenz. *Demos* ist der Name der Gemeinschaft und auch der Name eines Teiles der Gemeinschaft: Der Mehrheit, die im Parlament als Volk entscheidet; der Partei der Armen, der Volkspartei, die ihren Namen als Fraktion mit dem Namen des Volkes als Totalität gleichsetzt. Der undenkbbare Begriff des *demos* wird also zum logischen Monstrum eines Teiles der Gemeinschaft, der sich mit seinem Ganzen gleichsetzt. Und der Skandal vertieft sich noch wegen der Tatsache, daß das Volk als beeinträchtigter Teil, als Teil, dem Unrecht geschieht, seinen Namen als Partei der Armen mit dem des Volkes als Gemeinschaft gleichsetzt.“ (Rancière 1997b: 71)

Gerade in dieser – aus der Sicht der Polizei – skandalösen und falschen In-Eins-Setzung von einem Teil, dem Unrecht geschieht, mit dem Ganzen zeigt sich Politik, findet Politisierung statt. Zentral ist nun, dass dieser Prozess, dieser Name (z.B. Volk) offen steht: „Vom *demos* ist derjenige, der spricht, obwohl er nicht zu sprechen hat, derjenige, der an etwas teilnimmt, woran er keinen Anteil hat.“ (Rancière 2008c: 21). Das Volk ist nicht die Sammlung der Gemeinschaftsmitglieder oder die Arbeiterklasse: „Es ist der in Bezug auf jede Zählung der Teile der Bevölkerung supplementäre Teil, der es erlaubt, das Ganze der Gemeinschaft mit der Zählung der Ungezählten gleichzusetzen.“ (Rancière 2008c: 23) Dabei kommt es zu einer „Verdoppelung“ des Körpers des Volkes, die konstitutiv für Politik ist: „Was durch die Demokratie mit dem Ganzen der Gemeinschaft gleichgesetzt wird, ist ein leerer, supplementärer Teil, der die Gemeinschaft von der Summe der Teile des Gesellschaftskörpers trennt. Diese ursprüngliche Trennung begründet die Politik als Handlung supplementärer Subjekte, die sich als Überschuss in Bezug auf jede Zählung der Teile der Gesellschaft einschreiben.“ (ebd.: 24) Nur vermittels dieses *leeren Supplements* existiert Politik – als Supplement zu jeder gesellschaftlichen Zählung und als Ausnahme von jeder Herrschaftsgewalt. Dieser Abstand des Volkes zu sich selbst, diese Distanz ist Bedingung jeder Politik (Rancière 2008c). Voraussetzung für politische Praxis ist daher die spezifische Verknüpfung von *Allgemeinem* und *Partikularem*. Dies betrifft erstens die Anklage des Unrechts. Jedes politische Kenntlichmachen – ausgehend von der Gleichheitslogik – eines bestimmten Unrechts wird zum Argument eines

selbst aus dem Blickfeld. Gleichzeitig zeigen sich zwischen Bourdieu und Rancière Parallelen, weil beide über den Begriff des *nomos* die symbolischen Sicht- und Teilungsprinzipien fokussieren, wobei Politik u.a. in der Bearbeitung/Veränderung dieser ihre Aufgabe finde. Bourdieu nimmt aber die Durchsetzung dieser Prinzipien über die staatlichen Apparate in seine Konzeption von Politik mit hinzu – als Objekte politisch-strategischer Bemühungen. Dies wiederum muss Rancière aber bestreiten, könne es doch keine staatliche Politik geben.

allgemeinen Unrechts (Rancière 1997b). Zweitens besteht das Anmaßende von Politik in der In-Einsetzung von einem Teil des Ganzen mit dem Ganzen selbst, wie dies eben beim *demos* geschieht¹⁸.

Zentral für Politik/Demokratie ist bei Rancière, zusammen fassend gesagt, die Ausgangskonstellation, die Gründung, die als Einschreibung von Gleichheit in die polizeiliche Verwaltung der Dinge und Sichtbarkeiten immer wieder von Neuem durchzuführen ist. Dementsprechende Politik braucht einen *Ort* und ein *Subjekt*: Beide stehen nicht per se fest und können nur jenseits staatlich-polizeilicher Zu- und Einteilungen liegen. Rancière betont den politischen Akt selbst, weshalb Politik nicht vom Ziel oder vom Resultat her bestimmt sein kann. Der politische Akt liegt in der Unterbrechung der herrschenden Ordnung mit der Eröffnung zur Möglichkeit einer Neuordnung unter Rekurs auf die Gleichheit. Gleichheit ist die zu verifizierende Voraussetzung. Grundlage dafür ist der der Politik eigentümliche Skandal, die Verrechnung, die darin besteht, dass sich ein gesellschaftlicher Teil bzw. ein anteillose Gruppe mit dem Ganzen ident setzt. Politik hat daher immer eine anmaßende Dimension, sie destabilisiert das polizeiliche Maß entlang von Gleichheit.

2. Postdemokratie als konsensuelle Polizei – zur Analyse einer Abwesenheit

In seiner Kritik an gegenwärtigen Zuständen orientiert sich Rancière wesentlich an seinem Konzept der Polizei (vgl. 1.1). Er ortet gegenwärtig eine Abwesenheit von Politik und politischen Subjektivierungen. Rancière kritisiert die real existierenden Demokratien als solche, weil diese nicht die Eröffnung eines Raumes zuließen, in dem es zu einer Neuaufteilung der sinnlichen Welt kommen könnte. Die politischen Systeme seien wesentlich der Ordnung der Polizei zuzurechnen. Da diese Ordnung – assistiert durch Meinungs- und Sozialforschung – den Anspruch auf die Inklusion aller stellt und sich selbst dementsprechend wahrnimmt, „wehrt sie jeden Versuch, eine wirkliche Unterbrechung der existierenden Ordnung zu bewirken, ab und verhindert auf diese Weise gerade die ‚Konstitution‘ eines politischen ‚Volkes‘“ (Niederberger 2004: 144). Postdemokratie lässt das spezifische politische Handeln und deren Subjekte verschwinden. Sie ist die Übereinstimmung zwischen staatlichen Formen und gesellschaftlichen Verhältnissen.

Hätte es in den 1960/70er Jahren des 20. Jahrhunderts noch eine Vielzahl von politischen Subjektivierungsweisen gegeben, so haben wir es heute mit einer ständig abnehmenden Anzahl von AkteurInnen der Politik zu tun. Diese Abwesenheit geht mit einer „politischen Praxis einher, von der das Politische immer mehr ins Abseits gedrängt wird, von der es zu kaum mehr fähig, als sich hier

¹⁸ Žižek übernimmt diese Definition von Politik als Konflikt zwischen strukturiertem Gesellschaftskörper und jenem „Teil ohne An-Teil“, der diesen destabilisiert, indem er sich mit dem Ganzen identifiziert: Die Geste der Politisierung beinhaltet damit immer einen Kurzschluss zwischen einem *Partikularen* und einem *Universellen*, dessen leeres Prinzip eben vom Partikularen besetzt wird und damit die vorhergehende, polizeiliche Ordnung unterminiert. Neben dem griechischen *demos* lassen sich als historische Beispiele angeben: die Identifizierung des 3. Standes mit der Nation selbst in der französischen Revolution; die Parole „Wir sind das Volk!“ der ostdeutschen Regimekritiker 1989; das Proletariat, das sich als universelle Klasse setzt; etc. Deshalb müsse auch auf der Dimension der Universalität, die jede Politisierung brauche, beharrt werden (Žižek 2001b, 2009).

und da den Schwankungen des Weltmarktes anzupassen, erklärt wird.“ (Rancière 1997b: 64f) Mit dem Ausdruck Postdemokratie versucht Rancière „eine Form des Verfalls der Demokratie zu kennzeichnen, die in den westlichen Gesellschaften vorzufinden ist und sich ihrem Wesen nach in der Vorstellung zusammenfasst, die einzig annehmbare Funktionsweise der Demokratie sei die der Entzauberung.“ (Rancière 1997a: 94) Postdemokratie ist das *Idyll der konsensuelle Demokratie*, d.h. im Sinne Rancières ein Widerspruch in sich. Postdemokratie solle das Paradox bezeichnen, „das unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht.“ (Rancière 2002: 111) Sie ist die „Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie nach dem *Demos* (...), reduzierbar also auf das alleinige Spiel der staatlichen Dispositive und der Bündelung von Energien und gesellschaftlichen Interessen“ (ebd.), wobei die Formen des Staates mit dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse praktisch und im Denken in Übereinstimmung gebracht werden. Die konsensuelle Demokratie ist eine Herrschaft, die von der Meinung und vom Recht bestimmt wird. Es gibt keine demokratischen Erscheinungen mehr, weil das Volk der ‚öffentlichen Meinung‘ immer schon präsent ist (z.B. in der Meinungsforschung) und mit dem gemeinschaftlichen Ganzen identifiziert wird: Ist alles immer schon sichtbar, gibt es keinen Platz mehr für die der Politik/Demokratie eigenen Konstituierung nicht-identischer Subjekte, „die die Gleichartigkeit des Sinnlichen stören, indem sie die getrennten Welten zusammen sehen lassen, indem sie Welten strittiger Gemeinschaften organisieren“ (Rancière 2002: 114).

So gelte heute gemeinhin die Demokratie als umso erfolgreicher, je weniger demokratische Leidenschaftlichkeit darin gezeigt werde: Mit dem ‚Triumph‘ über totalitäre Systeme gab es einen Legitimierungsschub für westliche Demokratien und es wurde generell Zweifel an der Demokratie – z.B. als Gegenüberstellung einer formalen und realen Demokratie in marxistischen Zugängen – desartikuliert. „Es scheint, daß es von nun an möglich ist, ohne Hintergedanken die Formen der Demokratie aufzuwerten, Demokratie einfach mit Rechtsstaat gleichzusetzen, den Rechtsstaat mit dem Liberalismus, auf diese Weise die Demokratie als ideale Form der Verwirklichung der *physis* der tätigen und begehrenden Menschen im gemeinschaftlichen *nomos* anerkennend.“ (Rancière 1997a: 95f) Die Überschreitung, Anmaßung von Politik, die der Idee und den Praktiken des *demos* immanent ist, wurde aufgegeben: „So wird in der Tat behauptet, daß dieses überdeterminierte Volk dem wahren politischen Vertrag im Weg stand, der das Übereinkommen von Individuen und Gruppen hinsichtlich rechtlich-politischer Formen regelt, durch die das Zusammenleben aller und die optimale Partizipation von allen an den Gütern der Gemeinschaft gewährleistet werden soll.“ (ebd.: 96) Doch die Abwesenheit des ‚Volkes‘ und der Forderung nach einer ‚realen Demokratie‘ haben nun mitnichten zu einer Rehabilitierung der formellen, demokratischen Institutionen wie Prozesse geführt. Ganz im Gegenteil ortet Rancière einen Verfall der parlamentarischen Repräsentation und eine ausgeweitete politische Macht von Instanzen ohne politische Verantwortung (ExpertInnen, RichterInnen, Kommissionen). Der gegenwärtigen demokratischen Besonnenheit geht es darum, „daß die Ausübungsformen der Politik der Seinsweise der Gesellschaft, den Formen, die sie in Bewegung halten, den Bedürfnissen, Interessen und sich durchkreuzenden Wünschen, aus denen sie gewebt ist,

angemessen sein müssen.“ (ebd.. 97) Es geht um Anpassung an Optimierungsberechnungen, Individualisierungs- und Solidarisierungsprozesse. Wahrnehmbares Sein falle mit ihren politischen Formen zusammen. Gegenwärtige politische Praxis ist damit der Polizei zuzuordnen, weil Demokratie/Politik immerzu mit den vorhandenen Weisen des Regierens und Institutionen gleichgesetzt werde. Die spezifische Erscheinungssphäre des *demos* wird ge- und verleugnet (vgl. Rancière 2002: 105ff).

Fünf Charakteristika postdemokratische Zustände lassen sich aus der Sicht Rancières angeben: Konsensorientierung, das verstärkte Auftauchen von Rassismen, die Verschiebung des Streits in ein rechts-staatliches Problem, die staatliche Selbstlegitimierung mittels Ohnmachtsbekundungen und die Umwandlung der demokratischen in eine humanitäre Bühne.

1. Postdemokratie ist „das Angebot einer Demokratie, von der die Differenz des Volkes zu sich selbst aufgehoben wird, gleichzeitig damit aber auch die subjektive Macht, der diese Differenz zu ihrem Dasein verhalf: die Macht, Fälle zu finden, die es ermöglichen, Gleichheit und Ungleichheit zusammen zu sehen, und das heißt auch, die Erfindung von Darstellungsformen des Vermögens der Namenlosen.“ (Rancière 1997a: 108) Die Form dieser Postdemokratie ist der *Konsens*. Es handelt sich um die Idee einer Demokratie ohne *demos*, die sich im einfachen Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft herausbildet. „Die sogenannte konsensuelle Demokratie hat es sich zum Prinzip gesetzt, die störend/gestörte Erscheinung und die immer unegalitäre Berechnung des Volkes hinter den erschöpfenden Vorstellungsverfahren des Volkes und seiner Teile und der Harmonisierung von Teilberechnung und Ganzheitsbild zum Verschwinden zu bringen.“ (ebd.: 109) Das Ganze der ‚öffentlichen Meinung‘ wird mit dem Körper des Volkes identisch gesetzt. Wenn die gegenwärtige Demokratie wesentlich über Meinungsforschung funktioniert, wird die Erscheinung des Volkes als eigene Sphäre (ungerade, unberechenbar, unrepräsentierbar) verunmöglich. Die permanente Simulation verhindert die Erscheinung des *demos*. Das Volk tritt nur mehr als Objekt eines statistischen Erkenntnisinteresses auf, an Hand dessen Berechnungen und Vorhersagen getätigt werden können. Dieses selbstidentische Volk kann in seine Teile (Kategorien, Variablen, etc.) zerlegt werden, denen jeweilige Spezifika und/oder Interessen zugeordnet werden können. Das Volk der Meinungsforschung ist identisch mit seinen Teilen (Rancière 1997a). Die politischen Subjektivierungen, die Erscheinungen des *demos* und des Streits werden vom postdemokratischen Konsens als ‚archaisch‘ zurückgewiesen (Rancière 2002)¹⁹.

2. Und eben weil demokratische Leidenschaften abgekühlt sind, der ‚Skandal der Politik‘ aufgehoben wurde, kommt es zu einer Rückkehr eines anderen Volkes: Anstelle „des

¹⁹ Wird der herrschende Konsens einmal gebrochen, sind die Eliten und ExpertInnen mit einer denunziatorischen ‘Analyse’ – Populismus! – zur Stelle: „The hope is that under this name they will be able to lump together every form of dissent in relation to the prevailing consensus, whether it involves democratic affirmation or religious and racial fanaticism. And it is hoped that a single principle will come to be ascribed to this thus-constituted ensemble: the ignorance of the backward, the attachment to the past, be it the past of social advantages, of revolutionary ideals, or of the religion of ancestors. (...) This name at once masks and reveals the intense wish of the oligarch: to govern without people, in other words, without any dividing of the people; to govern without politics.“ (Rancière 2006: 80)

verallgemeinerten rousseauistischen und marxistischen Volkes erscheint fast überall ein ethnisches, als Selbstidentität bestimmtes Volk, der Eine Körper, der sich gegen den Anderen zur Geltung bringt.“ (Rancière 1997a: 98) Damit ist das Sprießen der *Rassismen*, der partikularen ethnischen Identifizierungen (nach 1989) angesprochen. Dieses Phänomen dürfe nun nicht modernisierungstheoretisch behandelt werden, im Sinne von Rassismen als noch nicht überwundene, archaische Fixierungen. Vielmehr korreliere deren Auftauchen mit der postdemokratischen Abkehr von (Klassen-)Kämpfen bzw. vom *demos* zugunsten einer ‚vernünftigen‘ Staatsverwaltung. Das Problem bzw. die Mitursache für das Wiederauftauchen von Rassismen und anderen Identitätsfixierungen ortet Rancière darin, dass die sozialen Körper keinen Abstand zu sich selbst, keine Zwischenräume für Subjektivierung – und damit Politik – zuließen: „Die Auslöschung dieser politischen Weisen der Erscheinung und der Subjektivierung des Streithandels hat zur Folge, daß es im Realen zur brutalen Wiedererscheinung einer Andersheit kommt, die nicht mehr symbolisiert werden kann.“ (ebd.: 119)²⁰ Wurden EinwandererInnen früher als (Fremd-)ArbeiterInnen bezeichnet, so ist der Einwanderer von heute „zuerst ein Arbeiter, der seinen zweiten Namen verloren hat, der die politische Form seiner Identität und seiner Andersartigkeit, die Form einer politischen Subjektivierung der Zählung der Ungezählten verloren hat. Es bleibt ihm nur mehr die soziologische Identität, die in anthropologische Nacktheit einer unterschiedlichen Rasse und Hautfarbe umkippt. (...) Die post-demokratische Objektivierung des ‚Problems‘ der Einwanderer geht mit der prä-politischen Fixierung einer grundsätzlichen Andersartigkeit, eines Gegenstandes absoluten Hasses einher.“ (Rancière 2002: 128) Gerade indem der politische Akt als Subjektivierungsweise von Differenz auftritt, verhindert er, dass sich Differenz als „irreduzible Andersheit und hasserfüllte Versammlung“ (Rancière 1997a: 121) in Identitäten verfestigt.

3. Postdemokratische Zustände zeichnen sich drittens dadurch aus, dass sie den für Politik konstitutiven Widerstreit in ein *Problem* verwandeln, das einer staatlichen Lösung zuzuführen sei. Das geäußerte Unrecht soll behandelt und als Problem objektiviert werden. Dabei hat der Staat die Aufgabe, „den Spielraum der darin eingeschlossenen Wahl, das eingesetzte Wissen, die darin inbegriffen Teile des gesellschaftlichen Körpers und die Partner, die konstituiert werden müssen, um Probleme zu besprechen, zu kennen.“ (Rancière 1997a: 111). Die AkteurInnen gesellschaftlicher Konflikte verschwinden in der rechts-staatlichen Behebung von Mängeln und der Objektivierung von Problemen (Rancière 1997a). Die Ausweitung des Rechtlichen bzw. die Identifikation von Rechtsstaat und Demokratie sei somit ebenso Kennzeichen postdemokratischer Legitimationsformen: Auf einer Ebene „unterwerfe“ sich legislative Praxis der gelehrten, rechtlichen Macht jener ExpertInnen, die das Verhältnis von Verfassung und der von ihr definierten Gesellschaft bestens zu kennen glauben. Dies deutet Rancière als staatliche Übermacht über das Politische, ihr strategischer

²⁰ Rassismen sind damit unmittelbar an den postdemokratischen Konsens gekoppelt: „The trouble is that racism is not the symptom but the disease – the disease, in fact, of consensus itself, the loss of any measure of otherness. The transmogrification of the other to the frenzied point of pure racist rejection and the erasure of the other through the problematization of immigration are two sides of the same coin. It is the ‘sensible’ supplanting of appearance by exhibition, of imparity by counting and of grievance by consensus that invites the monster back to where the political fails to reach.” (Rancière 1995: 104f)

Versuch, „das Politische seiner dem Staat vorangehenden Initiative zu berauben.“ (ebd.: 112) Andererseits wird versucht, Rechte und Rechtsregeln in allen gesellschaftlichen Sphären zu installieren. Das Recht will den Streit, das für Politik zentrale Unrecht, an sich regeln: „Heute dient die Gleichsetzung zwischen Demokratie und Rechtsstaat dazu, eine Herrschaft der Identität der Gemeinschaft mit sich selbst zu erzeugen, die Politik unter einem Begriff des Rechts verschwinden zu lassen, der sie mit dem Geist der Gemeinschaft gleichsetzt.“ (Rancière 2002: 118).

4. Viertens gewinnt die gegenwärtige, postdemokratische Staatsmacht gerade dadurch an Legitimität, weil sie – unter Hinweis auf wirtschaftliche Globalisierung – ihre Ohnmacht behauptet: „Das Thema des gemeinsamen Willens wird ersetzt vom Thema der Abwesenheit des eigenen Willens, des Vermögens zum autonomen Handeln, das mehr wäre als bloße Verwaltung des Notwendigen.“ (Rancière 1997a: 114f) Es stünden keine Wahlmöglichkeiten mehr zur Verfügung. Während früher marxistische Kritik an der „Demokratie“ lautete, dass diese verhülle, dass staatliche Politik im Wesentlichen die *Verwaltung des Kapitals* sei, so dient dieser Hinweis den heutigen Regierungen vielfach als positiv gewendete Rechtfertigung für ihr (Nicht-)Handeln: „Die absolute Gleichsetzung der Politik mit der Verwaltung des Kapitals ist nicht mehr das beschämende Geheimnis, das die ‚Formen‘ der Demokratie maskieren würden (sic!), sie ist die erklärte Wahrheit, mit der sich unsere Regierungen legitimieren.“ (Rancière 2002: 123) Postdemokratie sei daher weniger ein „leerer Zustand“, als zuallererst eine neue Regierungsweise, die sich zwischen der Verwaltung des Überflusses und der Verwaltung von Krisen bewege. Die autorisierten RepräsentantInnen verabschieden sich von der Politik selbst, wobei sich die Meinung durchsetzt, dass „sich die Entscheidungen von selbst aufdrängen und die eigentliche Arbeit der Politik nichts anderes wäre als die punktuelle Anpassung an den Weltmarkt und die ausgewogene Verteilung des Profits und der Kosten dieser Anpassung.“ (Rancière 2002: 8) In der Postdemokratie wird Politik zwischen wirtschaftlicher Notwendigkeit und rechtlicher Regel zerrieben (Rancière 1997a). Die gegenwärtigen, politische Regime seien nun aber eben keine Demokratie, sondern eine „aufgeklärte und kontrollierte *Oligarchie*“ (ebd.:121). Jeder Staat ist oligarchisch, wobei die ‚öffentlichen Aufgaben‘ von einer Allianz aus staatlichen und ökonomischen Oligarchien monopolisiert werden (Rancière 2006).

5. In postdemokratische Zustände zu intervenieren heißt nun die nihilistischen Bestrebungen, d.h. Verleugnungen und Abschaffungen von Politik/Demokratie, aufzuzeigen. Gegenwärtig finden diese in der Umwandlung einer demokratischen Bühne durch eine *humanitäre Bühne* statt: Die Menschenrechte dienen keiner Politisierung, sondern werden als individuelle Eigenschaften von RechtsinhaberInnen unmittelbar den Personen zugeschrieben: „Genauer gesagt wird also dieser Mensch (...) auf das Paar von Opfer – die pathetische Gestalt desjenigen, dessen Menschlichkeit verneint wird – und Henker – die monströse Gestalt dessen, der die Menschlichkeit verneint –, reduziert.“ (Rancière 2002: 135) Die internationalen Verwalter der Menschlichkeit unterstützen erstere, während zweitere (moralisch, militärisch) bekämpft werden. Beiderlei staatliche (internationale) Initiativen fänden nun aber jenseits des demokratischen Streits statt. Ethik ersetzt

Politik. Politisches Handeln werde heute von den staatlichen Polizeien der Verwaltung und der weltweiten Polizei des Humanitären verhindert (Rancière 2002). Interventionen in die Postdemokratie müssen auf die Unzulänglichkeit einer realistischen Herangehensweise – diese schafft das „Unmögliche“ ab – hinweisen und die Möglichkeit von Politik, deren Orte und Namen adäquat nachvollziehen, d.h. auch der polizeilichen Logik gegenüberstellen. Es sei weiters auch nötig, „das ‚Recht‘ des Unmöglichen zu reaffirmieren: nicht einfach im Sinne eines Rechts zu träumen, sondern im ontologischen Sinn, der impliziert, daß das Reale des Ereignisses es nicht nötig hat, sich durch den Beweis seiner Möglichkeit zu rechtfertigen.“ (Rancière 1997c: 146). Ziel soll die Repolitisierung von Konflikten sein, „so that they can be addressed, restore names to the people and give politics back its former visibility in the handling of problems and resources.“ (Rancière 1995: 106)

3. Resümee

Postdemokratische Momente zeigen sich in Österreich nicht nur im politischen Feld in seinem Bezug auf Staatlichkeit (oligarchische Konzentration von Publizistik-Banken-Parteien, Entdemokratisierung von Parteien selbst, Abwesenheit grundlegender Debatten, Verleugnung von Klassenkämpfen), sondern auch die formale, liberale Demokratie selbst wird entpolitisiert: Die Einführung der Briefwahl bzw. E-Voting kann als Anschlag auf das freie Wahlrecht werden. Die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre geschah ohne jegliche Diskussion. Jüngste Vorschläge aus der Mitte der österreichischen Volkspartei (Landtagswahlen zusammenlegen, Bundespräsidentenwahl durch die Bundesversammlung) sollen ein Regieren ohne ‚lästige‘ Interventionen des Wahlvolkes ermöglichen. Während die repressiven Staatsapparate aufgerüstet werden (Überwachungsmöglichkeiten, private Sicherheitsdienste), finden politische Entscheidungen neokorporatistisch in großkoalitionären Hinterzimmern statt. Etc.

Wie können Rancières Analysen nun, so gilt zu fragen, realpolitisch versäult werden? Welche Politik ist angesichts postpolitischer Gegenwärtigkeit nötig um dem emanzipatorischen Versprechen von Demokratie gerecht zu werden? Welche Momente eines Politikbegriffes müssen gestärkt und welche politischen Praktiken etabliert werden?²¹ Will Politik emanzipatorische Effekte auf die herrschenden Ungleichheitsstrukturen entfalten, so darf sie sich mit den Möglichkeiten von politischer Praxis im Rahmen liberaldemokratischer Prozesse nicht zufrieden geben und hat die kapitalistische Vergesellschaftung selbst – von sozialdemokratischer, politischer Praxis ebenso unhinterfragt akzeptiert wie vom „dritten Weg“ (Giddens) affirmiert – zu unterminieren. Darin hat sie mit

²¹ Der vorherrschende Politikbegriff und die legitimen politischen Praktiken verweisen wechselseitig aufeinander und stabilisieren sich im und als Staat. Beide Ebenen reproduzieren sich – über die Strukturen des politischen Feldes (Bourdieu 2001), Handlungsmuster, habituelle Dispositionen – daher als *doxa* (Bourdieu 1976), d.h. als stillschweigendes Einverständnis darüber, was als selbstverständlich vorausgesetzt bzw. als legitim aufgefasst wird. Beide Aufgaben sind daher nötig und bedingen sich wechselseitig: Die Durchsetzung emanzipatorischer, politischer Praktiken *und* die Delegitimierung vorherrschender, liberaldemokratischer Politikverständnisse.

juristisch-staatlichen Selbstbeschreibungen ebenso wie mit einer postmodernen Projektsemantik des gegenwärtigen, „neuen kapitalistischen Geistes“ (Boltanski/Chiapello 2003) und dessen Plädoyer für Heterogenität und Differenz zu brechen (vgl. Groys 2001). Folgende Momente lassen sich abschließend als zentrale Momente für politische Praxis/ für einen emanzipatorischen Politikbegriff angeben:

- Antagonismen, (Klassen-)Kämpfe und Konflikte sind konstitutiv für politische Praxis und können nicht in „herrschaftsfreie Diskurse“ (Habermas) aufgelöst werden. Dies gilt umso mehr für die hiesige politische Kultur, deren Konsensorientierung (Sozialpartnerschaft, große Koalitionen, keine Streiks, etc.) trotz 1999/2000 kaum aufgebrochen wurde. Politische Praxis bedeutet daher die Abkehr von sozialtechnologischen Problemlösungsverfahren mittels staatlicher Dispositive. Stattdessen beinhaltet sie erstmals die völlige Involvierung in emanzipatorische Kämpfe, innerhalb derer das Aufzeigen/Anzeigen des Unrechts verallgemeinert wird: In der Durchsetzung der ‚gemeinsamen Schule‘ geht es weniger um das bestmögliche Finden aller ‚Talente‘, sondern um eine Unterminierung der gesellschaftlichen Reproduktion von Klassenverhältnissen. Das Ziel können nicht ‚effektivere Asylverfahren‘ sein, sondern die Bewegungsfreiheit aller Menschen überall. Etc.

- Politik beinhaltet *Subjektivierung* in politischer Praxis. Will diese effektiv sein, muss sie kollektiv sein, womit auch Fragen der (internen) Organisation aufgeworfen werden. Es gibt keine individuelle Politik. Indem diese politische Subjektivierung, die immerzu ko-konstitutiv mit dem politischen Ereignis/dem politischen Akt ist, eine völlige Involvierung beinhaltet, kann die politische Praxis nur parteilich sein. Eine neutrale, distanzierte und auch kritische Position – die auch (sozial)wissenschaftliche Praxis einnimmt – beinhaltet andere Praktiken und einen anderen Subjektivierungsmodus.

- In ihrer „*relativen Autonomie*“ hat die Politik gegenüber der Ökonomie sowohl ihre Eigenständigkeit als auch ihren notwendigen Bezug auf das kapitalistische Reproduktionsregime zu betonen. Politische Praxis lässt sich nicht aus ökonomischen bzw. sozialen Strukturen ableiten. Vielmehr konfrontiert sie herrschende Verteilungen mit Kontingenz. Gleichzeitig müssen emanzipatorische, politische Praktiken an der Unterminierung kapitalistischer Vergesellschaftung arbeiten. Werden die grundlegenden Eigentumsverhältnisse nicht egalitär unterminiert, wird jedes politische ‚Projekt‘ sofort in das herrschende politische Feld und dessen ideologischen Selbstbeschreibungen inkludiert. Eine Distanzierung zu der medial vermittelten, politischen Öffentlichkeit und ihren Begriffen schadet daher nie.

- Politik ist Demokratisierung herrschender Ungleichheitsstrukturen durch Einschreibung und Verifizierung von *Gleichheit*. Damit gibt Rancière – im Gegensatz zu Laclau/Mouffe – eine Richtschnur zur Hand, die als emanzipatorischer ‚Maßstab‘ für Veränderung von sozialen Praktiken wie Strukturen dienen kann. Es geht um die Gleichheit der Begegnung und die Gleichheit der Verteilung. Wenn dem gegenüber die Renegaten des ‚dritten Weges‘ von *Chancengleichheit* reden,

wird die Regression des emanzipatorischen Gleichheitsversprechen deutlich: Die Vergesellschaftung über kompetitive Märkte, in denen Chancen und Risiken verteilt sind, wird darin nicht angegriffen.

- Politik beinhaltet eine *universelle* Dimension (u.a. Žižek 2001b), d.h. sie richtet sich an alle und adressiert auch gesellschaftliche Totalität. Damit werden die Sackgassen ‚multikulturalistischer‘ Zugängen, die um die Anerkennung und Legitimierung partikularer Identitäten kreisen, vermieden. Politik besteht eben nicht in der Moderation bzw. im Dialog bereits konstituierter, partikularer Identitäten. Sie besteht auch nicht in der Aushandlung von (ökonomischen) Interessen oder dem freien Meinungs austausch. Das anmaßende Moment von Politik ist der Bruch mit der polizeilichen Zu- bzw. Aufteilung sinnlicher Räume.

- Der *Ort* der politisch-demokratischen Konfrontation ist nicht per se festgelegt, einer „Verstaatlichung von Politik“ bzw. Subsumierung unter juristische Imperative ist daher entgegenzuwirken. Gleichzeitig sind natürlich die Staatsapparate zentraler Ort von Herrschaftsausübung, weshalb deren Transformation die größten Gleichheitseffekte verspricht. Einerseits kann es daher überall innerhalb der Gesellschaftsformation zu Politisierungen kommen. Andererseits verliert politische Praxis, die sich nur jenseits von Staatlichkeit situieren will, viele emanzipatorische Ansatzmöglichkeiten.

- Als wesentlich für poststrukturalistischer Politikkonzepte kann die *Priorität des Politischen* gegenüber dem Sozialen herausgestellt. Ebenso wie Laclau (1999) betont auch Rancière den instituierenden bzw. begründenden Charakter von politischer Praxis. Diese lässt sich nicht begründen, konfrontiert daher Gesellschaft mit deren prinzipieller Kontingenz. Politik schafft Neues, sie hat Ereignischarakter. Darin liegt auch die Dimension von politischer ‚Freiheit‘ angelegt. Gleichzeitig besteht politische Praxis nicht um ihrer selbst willen: Als eigenständiger Modus transformiert sie soziale Strukturen *und* schafft diese neu. Diesen prioritären Charakter von Politik gilt es gegenüber Regierungen zu betonen, die mit Hinweisen auf ‚ökonomische Zwänge‘ ihre Praktiken legitimieren wollen oder über eine ‚Standortpolitik‘ politische Praxis als ‚notwendige‘ Anpassungsleistung an kapitalistische Konjunkturen auffassen.

4. Bibliografie

Althusser, Louis/ Balibar, Etienne (1972a): Das Kapital lesen I. Hamburg: Rowohlt.

Althusser, Louis/ Balibar, Etienne (1972b): Das Kapital lesen II. Hamburg: Rowohlt.

Boltanski, Luc/ Chiapello, Éve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Bourdieu, Pierre (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. Fr.a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Fr.a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Fr.a.M.: Suhrkamp.

Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München: Beck.

Foucault, Michel (2005): Analytik der Macht. Fr.a.M.: Suhrkamp.

- Foucault, Michel (2006): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität 1. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.
- Groys, Boris (2001): Jenseits der Heterogenität: Die Ideologie der Cultural Studies und ihr postkommunistisches Anderes. In: Enwezor et al. (2001): Demokratie als unvollendeter Prozess. Documenta11_Plattform1. Ostfildern-Ruit: Hatjecantz, 349-368.
- Hewlett, Nick (2007): Badiou, Balibar, Rancière. Rethinking Emancipation. New York: Continuum.
- Laclau, Ernesto (1999): Dekonstruktion, Pragmatismus, Hegemonie. In: Mouffe, Chantal (Hg.), Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft. Wien: Passagen, 111-153.
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal (2000): Hegemonie und radikale Demokratie. 2.Aufl. Wien: Passagen.
- Marchart, Oliver (2001): Demonstrationen des Unvollendbaren. Politische Theorie und radikal-demokratischer Aktivismus. In: Enwezor et al. (2001): Demokratie als unvollendeter Prozess. Documenta11_Plattform1. Ostfildern-Ruit: Hatjecantz, 291-306.
- Marchart, Oliver (2007): Post-foundational Political Thought: Political Difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau. Edinburgh: University Press.
- Mouffe, Chantal (2005): Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik. Wien: turia&kant.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Niederberger, Andreas (2004): Aufteilung(en) unter Gleichen. Zur Theorie der demokratischen Konstitution von Welt bei Jacques Rancière. In: Flügel, Oliver; Heil, Reinhard; Hetzel, Andreas (Hg.), Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 129-146.
- Rancière, Jacques (1975): Wider den akademischen Marxismus. Berlin: Merve.
- Rancière, Jacques (1995): On the Shores of Politics. London: Verso.
- Rancière, Jacques (1997a): Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain et al. (Hg.), Politik der Wahrheit. Wien: turia&kant, 94-122.
- Rancière, Jacques (1997b): Gibt es eine politische Philosophie? In: Badiou, Alain et al. (Hg.), Politik der Wahrheit. Wien: turia&kant, 64-93.
- Rancière, Jacques (1997c): Über den Nihilismus in der Politik. In: Badiou, Alain et al. (Hg.), Politik der Wahrheit. Wien: turia&kant, 123-146.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2006): Hatred of Democracy. London: Verso.
- Rancière, Jacques (2007): Der unwissende Lehrmeister. Fünf Lektionen über die intellektuelle Emanzipation. Wien: Passagen
- Rancière, Jacques (2008a): Die Aufteilung des Sinnlichen. Ästhetik und Politik. In: Ders., Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien. 2.Aufl. Hg. von Maria Muhle. Berlin: b_books, 21-74.
- Rancière, Jacques (2008b): Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien, in: Ders., Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien. 2.Aufl. Hg. von Maria Muhle. Berlin: b_books, 75–100.
- Rancière, Jacques (2008c): Zehn Thesen zur Politik. Berlin: diaphanes.
- Sloterdijk, Peter (2006): Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Žižek, Slavoj (2001a): Die Tücke des Subjekts. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Žižek, Slavoj (2001b): Ein Plädoyer für die Intoleranz. Wien: Passagen.
- Žižek, Slavoj (2009): Auf verlorenem Posten. Fr.a.M.: Suhrkamp.